

# Wer hat Angst vor Glyphosat?

Vermutlich krebserregend, sagen die einen. Alles halb so wild, die anderen. Beim Streit um das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat geht es vor allem um die Frage: Wie wollen wir in Zukunft essen?



AP/Röppel/Armin Weigel

**W**enn nun selbst Politiker von Politik genervt sind, stimmt etwas nicht. „Manche Politiker haben einfach nicht die Courage, eine Entscheidung zu treffen. Das nervt mich halt politisch an dieser Geschichte.“ Gesagt hat das kein politikverdrossener Stammtischbruder, sondern Herbert Dorfmann, EU-Parlamentarier der SVP in Brüssel.

Der Auslöser von Dorfmanns Ärger ist ein kompliziertes Molekül:  $C_3H_8NO_5P$ , ein Pulver oder Kristall, farb- und geruchlos, bekannt als Glyphosat, ein Unkrautvernichter. Ein gutes Geschäft für Unter-

nehmen wie Monsanto oder Bayer. Eine Hilfe für Landwirte. Ein Graus für Umweltschützer. Für Mensch und Tier – eine Gefahr? Über Tierfutter, Getreide und Mehl kann das Mittel in den menschlichen Körper gelangen. Die Frage ist: In welcher Dosierung ist Glyphosat gefährlich? Und: Ist es krebserregend?

Darüber streitet man auf vielen Ebenen, jetzt, da die Zulassung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat in der EU ausläuft. Bis Ende Juni muss die EU-Kommission entscheiden, ob sie sie verlängert. Sie richtet sich in der Entscheidung nach

dem Ministerrat, der Länderkammer der EU. Aber der kann sich zu keiner Empfehlung durchringen. Vergangene Woche kündigte Deutschland an, sich zu enthalten. Umwelt- und Landwirtschaftsminister liegen in der Frage über Kreuz. Weitere Staaten schwankten, die Abstimmung wurde abgesagt. „Alles wird von Woche zu Woche verschoben“, sagt Dorfmann, „in Erwartung, dass Deutschland endlich zu einer Position findet.“

Die zu finden, ist schwierig. Europa-weit haben eineinhalb Millionen Menschen Petitionen gegen Glyphosat un-



Beim Thema Glyphosat stehen sich Befürworter und Gegner in strikt getrennten Blöcken gegenüber. Ein Kompromiss scheint kaum denkbar, doch die EU muss entscheiden.

terschrieben. Denn die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) hat festgestellt, der Stoff sei „vermutlich krebserregend beim Menschen“. Die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hielt dagegen: Krebserregende Wirkung sei unwahrscheinlich. Pikant dabei: Die EFSA berief sich auch auf Studien der Hersteller, die für die Öffentlichkeit nicht einsehbar sind.

Der Streit tobt hin und her. Um ein Unkrautvernichtungsmittel geht es längst nicht mehr. Glyphosat ist zum Symbol geworden für die Fragen: Wie wollen wir in

Zukunft essen? Günstig, aber mit Rückständen – oder teurer und bio? Und: Was wiegt schwerer? Absatzmärkte oder Bürgerwohl?

In Südtirol gibt es keinen großflächigen Soja- oder Weizenanbau, bei dem das Mittel vor allem zum Einsatz kommt. Aber was ist mit den Äpfeln, was mit dem Wein? Kommt man hier als Konsument mit Glyphosat in Kontakt? Der Landesrat für Landwirtschaft, Arnold Schuler (SVP), sagt nein. „Es gibt keine Möglichkeit, dass das Mittel auf die Früchte kommt.“ Das Mittel werde nur auf das Unkraut im Stammbereich gespritzt. Wie viel das bei den Südtiroler Landwirten ist, kann Schuler nicht sagen. „Man muss sich aber vor Augen führen: Glyphosat wird von der IARC immer noch eine Stufe unter Alkohol oder Wurst angesiedelt.“

„Wenn Glyphosat verboten wird, geht in Südtirol sicher niemand zugrunde“, sagt Leo Tiefenthaler, Obmann des Bauernbundes. Viele Landwirte seien schon dabei, Alternativen zur Chemie zu finden, etwa spezielle Bürsten oder sogenannte Unterstockräumer. Das sei aber aufwendiger, ein Bauer muss dann mehrmals aufs Feld, das ist nicht optimal für Pflanzen und Umwelt. „Wir werden nicht von einem Tag auf den anderen von Herbiziden wegkommen“, sagt Tiefenthaler. Auch nicht von einem Jahr auf das nächste. Landwirte würden vorerst auf andere Mittel zurückgreifen müssen.

Solche Aussagen machen Brigitte Foppa wütend. Die Obfrau der Südtiroler Grünen sagt: „Man kann nicht immer argumentieren, wenn das verboten wird, nehmen wir halt etwas anderes.“ Foppa hat im Landtag eine Anfrage zum Glyphosat-Einsatz auf öffentlichen Flächen gestellt. Die dürftige Antwort: Im Straßendienst sind es knapp 1.500 Liter im Jahr. „Das ist aber nur ein kleiner Teil der Flächen“, sagt sie. Es gebe im Land kein klares Bewusstsein für den Gebrauch eines potenziell schädlichen Mittels. „Wenn das Vorsorgeprinzip gelten soll, dann muss man die Gesellschaft schützen.“

Das Prinzip besagt, dass Mittel in der EU verboten werden können, auch wenn nicht gesichert ist, dass sie dem Menschen

schaden. Im Zweifel gegen den Einsatz, heißt es in Europa. Warum also wird Glyphosat nicht verboten?

Koen Hertoge vom Pesticide Action Network (PAN) Italia sieht den Grund in der engen Verzahnung von Politik und Industrie. „Die Industrie ist so intensiv am Zulassungsprozess beteiligt. Es ist schwierig, da anzusetzen.“ Schwierig, aber noch nicht unmöglich, wie er betont.

Wie sehen die Alternativen aus? Am Land- und forstwirtschaftlichen Versuchszentrum Laimburg wird hierzu geforscht, vor allem an mechanischen Verfahren, erklärt Direktor Michael Oberhuber. Gene-

rell trage das Institut dazu bei, den Gebrauch von Pflanzenschutzmitteln so gering wie möglich zu halten. „Wir beschäftigen uns damit, die optimale Konzentration zu bestimmen“, sagt Oberhuber. Optimal heißt: minimal, also die geringstmögliche Menge, bei der das Mittel Wirkung zeigt. „Langfristig glaube ich, dass man mit einem Verbot

von Glyphosat umgehen kann, wenn die Alternativen erfolgreich weiterentwickelt werden.“

Wenn Glyphosat schädlich ist, könnte aber auch eine noch so kurze Frist zu lang sein. Ist der Stoff nicht „vermutlich krebserregend“? Oberhuber erklärt: Manche Untersuchungen zeigen ein grundsätzliches Schadenspotenzial auf. Kann ein Stoff Krebs verursachen? Andere stellen die Frage: Wie hoch ist das Risiko, dass das geschieht? So kann es sein, dass Glyphosat „vermutlich krebserregend“, aber das Risiko verschwindend gering ist. Die Studien widersprechen sich nur scheinbar.

Wenn Bauern auf Glyphosat verzichten müssen, könnten Obst und Gemüse teurer werden. „Wir müssen uns bewusst sein, dass wir viel zu wenig für Lebensmittel bezahlen“, sagt Brigitte Foppa. Leo Tiefenthaler vom Bauernbund merkt an: „In der Realität greifen viele lieber zum gespritzten, weil billigeren Apfel.“ In Supermärkten werde nur ein geringer Prozentsatz an Bioprodukten verkauft. Schlussendlich gelte: „Der Konsument entscheidet.“

„Wir müssen uns bewusst sein, dass wir viel zu wenig für Lebensmittel bezahlen.“

Brigitte Foppa

Bernhard Hiergeist